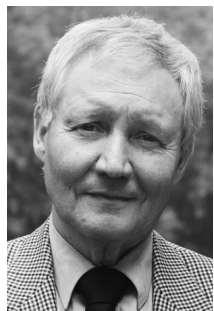


IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2003



Die Helden rütteln am Mast

Odysseus ließ sich an den Mast seines Schiffes binden, um dem Lockruf des Weiblichen nicht zu erliegen. Zu einer ähnlichen List wider die eigene Schwäche griffen die Staats- und Regierungschefs bei der Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung für die Europäische Union. Um die Stabilität des Euro nicht

durch die Fiskalpolitik zu gefährden, einigten sie sich auf einen finanzwirtschaftlichen Stabilitätspakt. Damit verpflichteten sich die Regierungen zu einer Politik des ausgeglichenen Haushalts. Nur in Phasen einer Rezession sind Defizite bis zur Höhe von drei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts erlaubt.

Schon nach kurzer Zeit zeigt sich, dass der Politik diese Regelbindung lästig ist. Nicht nur in Deutschland ist die Versuchung allgegenwärtig, aufkommende Spannungen im sozialen Gefüge mit öffentlichem Geld kurieren zu wollen: Die meisten Subventionen sind aus diesem Politikverständnis heraus entstanden. Die Gegenbuchung eines solchen, in allen Demokratien anzutreffenden Politikverständnisses ist in den öffentlichen Haushalten zu besichtigen: festgefahrene Haushaltspolitiken blockieren die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben, Geld fehlt allen Ressorts – egal, wie hoch die Steuern sind –, Defizite gehören trotz anderslautender Schwüre zum Arbeitsalltag der meisten Finanzminister.

Der Stabilitätspakt ist unter Politikern schon nach wenigen Jahren in den Ruf geraten, eine dem Politischen nicht gemäße Fessel zu sein. Politik brauche Spielräume für die Gestaltung des Unvorhersehbaren. Gründe, die Regeln des Stabilitätspaktes „ausnahmsweise“, „vorübergehend“ oder „kurzfristig“ zu suspendieren, finden sich leicht. Auch die Europäische Kommission ist sich nicht immer klar darüber, wie strikt sie denn nun auf der Einhaltung des Paktes bestehen soll. Man sollte nicht darauf wetten, dass die vereinbarte Selbstbindung der europäischen Regierungen noch lange hält. Die Helden rütteln am Mast.

Hans D. Barbier

Steigende Arbeitskosten

Die Arbeitskosten je Stunde, die ein Unternehmen zu zahlen hat, bestehen aus dem Stundenlohn für den Beschäftigten und den anteilig verrechneten Personalzusatzkosten – Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen, Urlaubs- und Krankengeld, Prämien, etc. Für ein Unternehmen ist die Gesamtsumme wichtig: Je höher die Arbeitskosten, umso teurer ist die Produktion.

2002 kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland durchschnittlich 24,79 € (verarbeitende Industrie). Nur in Dänemark mussten Unternehmer mehr zahlen. Dort wurde eine Stunde Arbeit mit 25,03 € veranschlagt. In anderen europäischen Staaten ließ sich günstiger produzieren. In Luxemburg schlug die Arbeitsstunde mit 21,11 € zu Buche, in Frankreich mit 18,92 € und in Portugal sogar nur mit 6,75 €. Deutliche Unterschiede bestanden auch zwischen den alten und den neuen Bundesländern.

Im laufenden Jahr werden die Arbeitskosten steigen. Neben den Tariflohnerhöhungen in diesem Frühjahr erhöhten sich zum 1. Januar 2003 die Beiträge zur Renten- (von 19,1 auf 19,5 Prozent) und zur Krankenversicherung (von 13,6 auf 14,3 Prozent).

www.iwkoeln.de
www.mummert.de

Arbeitskosten

in €	
Deutschland (West)	26,16
Dänemark	25,03
Schweiz	24,96
USA	22,99
Japan	22,22
Luxemburg	21,11
Großbritannien	19,23
Frankreich	18,92
Deutschland (Ost)	16,86
Italien	15,92
Spanien	14,68
Portugal	6,75

Quelle: Mummert Consulting; IW Köln

Gesetzesflut

Wer in Deutschland lebt, muss derzeit rund 2 150 Bundesgesetze und 3 130 Rechtsverordnungen beachten. Zusätzlich existieren Hunderte Landesgesetze und -verordnungen sowie kommunale Satzungen. Die Europäische Union hat ihr Recht auf mittlerweile 105 000 Seiten niedergeschrieben. Der Bürger überschaut die Masse der Gesetze und Verordnungen längst nicht mehr, und viele verstehen einen großen Teil der Regelungen nicht.

Selbst die mit dem Vollzug betrauten Ämter können mit der Regelungswut des Staates kaum Schritt halten. Das belegt die steigende Zahl der Prozesse vor den Verwaltungsgerichten. Laut Auskunft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sind die Verfahren – ohne Asylverfah- ▶

ren – von 88 500 im Jahr 1995 auf mittlerweile rund 150 000 gestiegen, eine Zunahme von mehr als 60 Prozent.

www.dstgb.de

Nutzlose Gutscheine

Um mehr Bewegung in den Arbeitsmarkt zu bringen, führte die Bundesanstalt für Arbeit zum 1. April 2002 den so genannten Vermittlungsgutschein ein. Arbeitslose können seitdem nach drei Monaten ohne Beschäftigung einen Schein bekommen und sich damit an einen privaten Arbeitsvermittler wenden. Der Gutschein kann einmal im Vierteljahr beim Arbeitsamt abgeholt oder formlos per Fax, E-Mail, Telefon oder Brief angefordert werden. Bis Februar 2003 gaben die Arbeitsämter bundesweit 258 637 Vermittlungsgutscheine aus, davon wurden 18 121 eingelöst. Das heißt, rund 240 500 Gutscheine blieben ungenutzt.

Zahlreiche Gründe sollen für die niedrigen Rücklaufzahlen verantwortlich sein: Die Arbeitsämter gehen unterschiedlich großzügig mit den Gutscheinen um. Die Arbeitslosen haben Probleme, verlässliche private Arbeitsvermittler zu finden. Die privaten Arbeitsvermittler wiederum beklagen, dass ihre Vermittlungshonorare – Minimum 1 500 €, Maximum 2 500 € – zu niedrig sind. Möglicherweise ist der Grund viel banaler: Wenn keine Arbeitsplätze entstehen, nützt die bestgemeinte Vermittlungsoffensive nichts.

www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html

Ein Stabilitätspakt für Europa

1,24 Billionen € Schulden haben Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland aufgetürmt. Dafür könnten fünf Millionen Einfamilienhäuser gebaut werden. Der europäische Stabilitätspakt verpflichtet dazu, der Politik auf Pump ein Ende zu machen.

Anfang Februar 2003 sagte Bundesfinanzminister Hans Eichel, Deutschland sei dem Stabilitätspakt unbedingt verpflichtet: „Wer da ausbricht, der richtet unermesslichen Schaden am Prozess der europäischen Einigung und an der gemeinsamen Währung an“. Inzwischen hört man andere Töne. Jetzt heißt es, der Stabilitätspakt müsse neu interpretiert werden.

Die Bundesregierung läuft Gefahr, eine unselige Tradition fortzusetzen. Lediglich in den ersten Jahren der Bundesrepublik wurden dank solider Politik Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, weil der Staat weniger Geld ausgab, als er einnahm. Schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ließ die Haushaltsdisziplin nach. Für den Zeitraum 1949 bis 1966 summierten sich die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden auf rund 45 Milliarden € (1,00 € entspricht 1,95583 DM). Bis 1976 hatte sich die Schuldensumme auf knapp 150 Milliarden € verdreifacht, und das Schuldenmachen ging munter weiter.

1982, bei einem Schuldenstand von rund 315 Milliarden €, wollte die neue Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl die Fahrt in den Schuldenstaat stoppen. 1989, am Ende der Amtszeit von Gerhard Stoltenberg – damals verantwortlich für die Staatsfinanzen – standen neue

Schulden in Höhe von rund 75 Milliarden €.

1989 kam die deutsche Einheit. Sie wurde mit Krediten finanziert. Die Verschuldung explodierte: Knapp 430 Milliarden € neue Schulden markierten 1998 das Ende der Amtszeit von Bundesfinanzminister Theo Waigel.

Explodierende Schulden

1998, beim Regierungswechsel, wies das Schuldenkonto von Bund, Ländern und Gemeinden gut 1,1 Billionen € aus. Nach fünf Regierungsjahren von Bundeskanzler Gerhard Schröder sind weitere 140 Milliarden € dazugekommen. Jeden fünften Steuer-Euro muss Hans Eichel inzwischen für Zinszahlungen ausgeben. Das sind im Jahr etwa 40 Milliarden €, rund 110 Millionen € pro Tag, knapp 4,6 Millionen € pro Stunde. Aber auch dieses Jahr macht der Bundesfinanzminister wieder neue Schulden: rund 19 Milliarden € hat er laut Bundeshaushalt geplant.

Hohe oder steigende Defizite im Staatshaushalt sind aus mehreren Gründen abzulehnen: Wenn der Finanzminister Geld auf dem Kapitalmarkt leiht, steigen die Zinsen. Private Investitionen werden dadurch teurer, die höheren Zinsen gehen in die Kalkulation der Unternehmen ein und verteuern die Produkte – die Preise steigen. Staatsverschuldung bedeutet

zudem, dass an Stelle privater Investoren der Staat aktiv wird: Der Staat entscheidet, wofür Investitionsmittel eingesetzt werden. Zum Dritten führt der explosiv steigende Schuldendienst zu höheren Steuern und Abgaben, um die wachsende Schuldenlast finanzieren zu können. Außerdem haben Staatsschulden unerwünschte Verteilungswirkungen innerhalb der Generationen: Die Schulden von heute müssen in der Zukunft zurückgezahlt werden.

Schuldenabbau dagegen würde bedeuten, dass künftige Belastungen durch Steuern und Abgaben sinken. Private Haushalte und Unternehmer

Etatsaldo 2002

in Prozent des BIP

Finnland	3,6
Dänemark	2,0
Schweden	1,4
Luxemburg	0,5
Spanien	0,0
Belgien	-0,1
Niederlande	-0,8
Irland	-1,0
Großbritannien	-1,1
Griechenland	-1,3
Österreich	-1,8
Italien	-2,4
Frankreich	-3,1
Portugal	-3,4
Deutschland	-3,7
EU gesamt	-1,9
Euro-Zone	-2,3
USA	-3,2
Japan	-8,0

Quelle: EU-Kommission; OECD



„Wer sich in schlechten Zeiten den Staat ins Boot holt, wird ihn in guten Zeiten kaum mehr vom Steuer verdrängen können.“

Walter Scheel, ehem. Außenminister und Alt-Bundespräsident

hätten mehr Geld für eigene Zwecke, das Konsum- und Investitionsklima würde sich verbessern.

Doch alle Versuche, die Verschuldung nur zu stoppen, sind bislang gescheitert. Die vorerst letzte Hoffnung auf eine Umkehr ruhten auf dem EU-Stabilitätspakt. Der Pakt wurde für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ausgehandelt und sollte sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten der EU auch nach Einführung des Euro ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen. Auf Drängen des damaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel wurde am 17. Juni 1997 in Amsterdam die „Entschließung des Europäischen Rates über den Stabilitäts- und Wachstumspakt“ verabschiedet.

Die Bedeutung der Haushaltsdisziplin

Der Pakt schließt an den Vertrag von Maastricht an, der die Kriterien für den Beitritt zur europäischen Währungsunion festlegte. Die im Vertrag von Maastricht fixierten Obergrenzen gelten dauerhaft: Die Inflationsrate darf nicht mehr als zwei Prozent über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder liegen. Die Gesamtverschuldung eines Landes darf 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen. Die Neuverschuldung darf maximal drei Prozent des BIP betragen.

Die Mitgliedsstaaten haben sich aber nicht nur dazu verpflichtet, die Grenzen einzuhalten. Sie haben im Stabilitätspakt vielmehr vereinbart,

„das mittelfristige Haushaltsziel eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts einzuhalten.“

Die Abmachungen zur Verschuldungsobergrenze verfolgen zwei Ziele: Zum einen wird eine strenge Haushaltsdisziplin als Voraussetzung für einen stabilen Euro angesehen. Halten sich die Staaten mit ihren Ausgaben zurück, entfällt der Druck auf die Europäische Zentralbank, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, als mit inflationsfreiem Wachstum vereinbar ist. Zum anderen geht es darum, dauerhaft solide Staatsfinanzen durchzusetzen. Die Verschuldungsobergrenzen sollen verhindern, dass ein Land mit sorgloser Haushaltsführung auf dem größeren Kapitalmarkt der Währungsunion seine Schulden auf Kosten der anderen Mitgliedsstaaten finanziert: Ein Land, das sich undiszipliniert verhält, würde durch niedrige Zinsen Vorteile aus dem stabilitätskonformen Verhalten der anderen Staaten ziehen.

Der Stabilitätspakt sieht Sanktionen vor, sollte ein EU-Mitglied nichts unternehmen, um sein Haushaltsdefizit abzubauen. Durch nationale Stabilitätsprogramme sollen die Vorgaben des Paktes in den Ländern der Euro-Zone umgesetzt werden. EU-Mitglieder, die den Euro noch nicht als gemeinsame Währung haben, müssen ein Konvergenzprogramm vorlegen. Alle EU-Länder sind zur jährlichen Vorlage der Programme verpflichtet, die den Weg zum Haushaltsausgleich beschreiben. Außerdem muss

die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Landes dargelegt werden. Die EU-Kommission und der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister – der so genannte ECOFIN-Rat – prüfen, ob die Programme dem Ziel dienen, ausgeglichene Staatshaushalte herbeizuführen und Defizite zu vermeiden.

Budgetausgleich in weiter Ferne

Die erhoffte Kehrtwende in der Finanzpolitik blieb jedoch aus. Die Haushalte sollten ursprünglich 2002 ausgeglichen sein, dann wurde der Ausgleich für das Jahr 2004 anvisiert. Nachdem Portugal, Deutschland und Frankreich die Vorgaben des Stabilitätspaktes im vergangenen Jahr nicht eingehalten haben, wurde auch dieses Datum gekippt. Im September 2002 schlug die EU-Kommission vor, die Haushalte im Jahr 2006 auszugleichen.

Mittlerweile ist eine Diskussion über die „richtige“ Interpretation und Anwendung des Paktes entbrannt. Vor allem Politiker aus Deutschland, Frankreich und Italien fordern mehr oder weniger offen, den Stabilitätspakt zu modifizieren. Vor allem geht es darum, die Höhe des Staatsdefizits „herunterzurechnen“. Die Argumente sind unter anderem:

■ Bundeskanzler Gerhard Schröder hat darauf hingewiesen, dass Deutschland als größter Nettozahler ein Viertel des EU-Haushaltes finanziere. Er fordert deshalb, die EU-Beiträge beim Schuldenstand anzurechnen. Dieses Geld fehle ihm zur Finanzie-

rung der Wirtschaftspolitik im eigenen Land.

■ Stabile Preise zeigen, dass die Wirtschaftspolitik einer Regierung vertrauenswürdig ist. Deshalb könne einem Land mit niedriger Inflationsrate ohne weiteres Spielraum für mehr Schulden eingeräumt werden.

■ In EU-Ländern mit besonders vielen Arbeitslosen muss der Staat investieren. Dort müssten also höhere Schulden erlaubt sein.

Momentan ist die Zukunft des Stabilitätspaktes sehr unsicher. Auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates am 20. und 21. März 2003 in Brüssel haben die 15 Staats- und Regierungschefs zwar gesagt, es bestehe „weder Bedarf für Änderungen am (EU)-Vertrag oder am Stabilitätspakt noch dafür, neue Haushaltsziele oder -regeln einzuführen.“ Aber sie haben auch gesagt, dass im Lichte der Erfahrungen der vergangenen vier Jahre ein pragmatischer Ansatz zu wählen sei und bei Einhaltung der Pakt-Regeln spezifische Situationen zu berücksichtigen wären. Nach überzeugender Konsolidierungspolitik klingt das nicht.

Dass sich der Pakt einhalten lässt, zeigen inzwischen acht von zwölf Ländern der Euro-Zone. Sie haben den Haushaltsausgleich geschafft, und sie haben dabei große Fortschritte erzielt. Diese Länder weisen ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum aus. Demnach liegt das Problem nicht beim Stabilitätspakt, sondern bei den Regierungen, die ihre Wirtschaftspolitik nicht im Griff haben.



„Wir müssen wieder lernen, was Liebe ist.
Da kann der Staat helfen.“

Renate Schmidt, Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

IM KLARTEXT

März 2003

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im März 2003

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

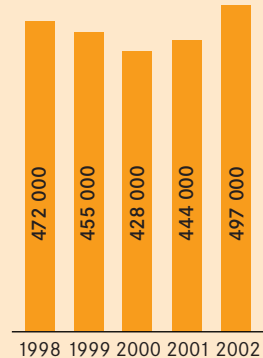
Vollbeschäftigung

Die Bundesregierung versucht seit fünf Jahren, die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Allen Bemühungen zum Trotz steigt die Arbeitslosenquote bei den unter 25-Jährigen aber weiter an. Im Februar 2002 waren 580 000 Männer und Frauen unter 25 arbeitslos – eine Quote von 11,2 Prozent.

Vor allem der Anteil der Männer an den jungen Arbeitslosen nimmt permanent zu. Während 1992 rund 51 Prozent der jungen Arbeitslosen männlich waren, lag die

Jugendarbeitslosigkeit

Jahresdurchschnitt



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Zahl im vergangenen Jahr bei 62,5 Prozent.

Hauptgrund für diesen Anstieg ist: Die jungen Männer sind stärker vom Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt betroffen, weil Arbeits- und Ausbildungsplätze im produzierenden Sektor wegfallen. Neue Arbeitsplätze entstehen dagegen vor allem im von Frauen dominierten Dienstleistungssektor.

Eigenverantwortung

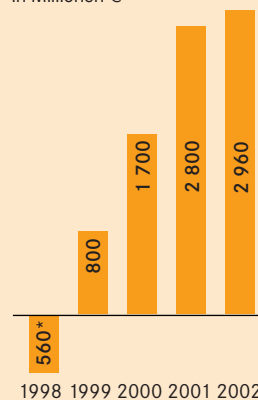
Die Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) war 2002 höher als befürchtet. Insgesamt klaffte zwischen Einnahmen und Ausgaben eine Lücke von fast drei Milliarden €. Ursachen für das dicke Minus waren sinkende Einnahmen infolge der Wirtschaftsflaute, steigende Ausgaben für Arzneimittel und Krankenhausversorgung sowie höhere Verwaltungsausgaben der Krankenversicherungen.

Bezahlen müssen das Defizit alle gesetzlich Versicherten durch höhere Beiträge. Der Durchschnittsbeitrag ist zum 1. Januar 2002 von 13,6

auf 14,32 Prozent angehoben worden. Da dürfte es kaum überraschen, dass 78 Prozent

GKV-Defizit

in Millionen €



1998 1999 2000 2001 2002

* Überschuss

Quelle: BMin für Gesundheit

der gesetzlich Krankenversicherten laut Meinungsforschungsinstitut Emnid überzeugt sind: Das Gesundheitssystem wird sich weiter verschlechtern.

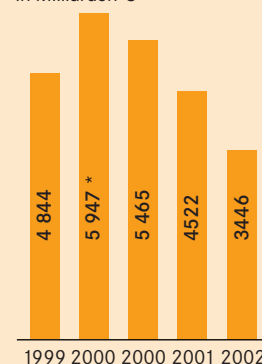
Geldwertstabilität

Die Talfahrt der Aktienkurse hat in der Euro-Zone Börsenwerte in Milliardenhöhe vernichtet. Vom Höchststand im August 2000 mit knapp 6 000

Milliarden € fielen die Aktienwerte bis Dezember 2002 auf rund 3 400 Milliarden €. Der drastische Verfall bremst die Wirtschaft doppelt. Zum einen fallen Aktien als Quelle für die Unternehmensfinanzierung aus. Zum anderen spüren die privaten Haushalte den Vermögensverlust, gleich ob sie direkt oder indirekt – etwa über Lebensversicherungen oder Fonds – Aktien besitzen. Der Kursverfall macht sie ärmer und schwächt ihre Kaufkraft.

Börsenwert

aller Aktien im Euro-Raum, in Milliarden €



* August; alle übrigen November

Quelle: Europäische Zentralbank

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard